

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

2/XXII/173

Bad Godesberg, den 11. September 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>De Gaulle in Polen</u> Ohne europäische Friedensordnung geht es nicht.	60
2	<u>Auf der Suche nach einem Parteivorsitzenden</u> Zur inneren Situation der FDP	26
3 - 4	<u>Krankenhäuser in Not</u> Der medizinische Fortschritt kostet viel Geld Von Klaus Rusticus, Hannover	75
5	<u>Ombudsman</u> Ein nachahmenswertes Beispiel	48

* * *

De Gaulle in Polen

Ohne europäische Friedensordnung geht es nicht

G.M. - Die von Staatspräsident de Gaulle während seines Polen-Besuches gehaltenen Reden lösen selbstverständlich, besonders in der Bundesrepublik, ein vielfältiges Echo aus. Aber eine a l l e Seiten befriedigende Antwort auf diese Reden wird wohl nicht möglich sein. Man kann weder de Gaulle, noch seine polnischen Gastgeber und erst recht nicht die Situation in Europa durch vielleicht noch so berechtigte emotionelle Äußerungen ändern.

Was de Gaulle in Polen über die Oder-Neiße-Grenze gesagt hat, ist nicht neu. W i e er es gesagt hat, ergibt sich wohl aus der verständlicherweise begeisterten Zustimmung, die dem französischen Staatspräsidenten seitens der polnischen Bevölkerung entgegengebracht wurde. Nur sollte man auch hier vorsichtig sein: De Gaulle läßt sich nicht n u r von Augenblicksstimmungen beeinflussen. Oft genug hat er gezeigt, daß er mit Hilfe von Stimmungen ganz zieltbewußt ein bestimmtes Ziel ansteuert. Man kann also von der Voraussetzung ausgehen, daß de Gaulle dies auch jetzt in Polen getan hat.

Denn: Außer über die Oder-Neiße-Grenze hat der französische Staatspräsident auch von einer neuen europäischen Friedensordnung gesprochen, in die er die west-, mittel- und osteuropäischen Völker einbezogen sehen will. Inwieweit ihm seine polnischen Gastgeber auf diesem Wege zu folgen gedenken, wird man wohl bald erkennen.

- * Aber ob wir uns über de Gaulle aufregen oder nicht - alles, was
- * in Europa neu zu regeln und neu zu ordnen ist, wird ohne eine
- * europäische Friedensordnung nicht möglich sein. Auch die Bundes-
- * regierung hat dies mehrfach erklärt. Sie will in einem Prozeß
- * fortschreitender Entspannung zwischen Ost und West ihre Versu-
- * che zur Erzeugung eines Klimas fortsetzen, in dem der tote
- * Punkt der Ost-West-Beziehungen überwunden und Neues im Sinne
- * einer gerechten und gesicherten Friedensordnung geschaffen
- * werden kann.

Eine solche Zielsetzung bedarf einer Politik des langen Atems. Was in zwei Jahrzehnten verschüttet wurde, was in diesen beiden Dezenien nicht geschehen ist, kann nicht von heute auf morgen geändert werden.

Die Bundesregierung der Großen Koalition hat den Verzicht auf Gewalt als Mittel der Politik ausgesprochen. Hiervon ausgehend ist es selbstverständlich, daß alle ihre Bemühungen um eine Verbesserung des Verhältnisses der Bundesrepublik auch zu ihren östlichen Nachbarn in Zusammenarbeit mit ihren westlichen Nachbarn erfolgen müssen. In einem schwierigen Prozeß ist es gelungen, die Frage der deutschen Grenzen nach dem Westen hin befriedigend zu lösen. Als nächstes stellt sich diese Aufgabe auch nach dem Osten hin. Natürlich wird das viel schwieriger sein, weil es sich bei den Gesprächspartnern dort um Politiker und Staatsmänner handelt, deren Geisteswelt von ganz anderen Maximen geprägt ist als die der westlichen De-

mokratien. Und doch bleibt die Aufgabe der Versöhnung, auch mit unseren östlichen Nachbarn auf der Tagesordnung.

Wenn hier und dort Stimmen laut werden, die von der Bundesregierung verlangen, sie solle jetzt mit de Gaulle "Fraktur reden", dann wird man unwillkürlich daran erinnert, wie weit oder wie wenig weit wir in früheren Jahren mit sogenannter Frakturrede bei dem Versuch der Lösung unserer nationalen Probleme gekommen sind.

Es ist daher zu begrüßen, daß der Präsident des Bundes der Vertriebenen, der SPD-Abgeordnete Reinhold R e h s , in einer Feierstunde zum "Tag der Heimat" in Essen erklärt hat, die Vertriebenen würden trotz der Meinungsverschiedenheiten mit de Gaulle an der deutsch-französischen Aussöhnung festhalten. Diese Haltung zeugt von Realismus; sie läßt die Brücke intakt, über die wir gehen müssen, wenn wir es ernst meinen mit unseren Bemühungen um das Zustandekommen einer gerechten Friedensordnung in Europa.

+ + +

Auf der Suche nach einem Parteivorsitzenden

Zur inneren Situation der FDP

sp - Die Freien Demokraten (FDP) befinden sich nach dem für viele überraschend gekommenen Entschluß Erich Mendes, seinen Parteivorsitz niederzulegen, in einer mißlichen Lage. Sie sind ohne Führung und auch, wie die letzte Bundestagsdebatte zeigte, ohne ein überzeugendes Programm. Der Boden schwankt unter ihren Füßen. Es ist im jetzigen Stadium wohl rüßig, darüber zu rätseln, wer im Rennen um den Parteivorsitz den Siegeslorbeer gewinnt. Für Willi Weyer, den FDP-Vorsitzenden und Innenminister von Nordrhein-Westfalen, ergeben sich persönliche Probleme besonderer Art. Es gibt FDP-Kreise, die für den Bestand der aus SPD und FDP bestehenden Koalition in Düsseldorf fürchten, sollte Weyer den Weg nach Bonn wählen. Weyer gilt außerdem als der Kandidat von Erich Mendes; Grund genug, bei einer möglichen Kandidatur große Risiken einzugehen. Mendes selbst glaubt, er könne im Bundesvorstand der FDP bleiben und sein Abgeordnetenmandat auch bei den Bundestagswahlen 1969 beibehalten. Ist diese Rechnung nicht ohne den Wirt gemacht? Woher nimmt er die Gewißheit, daß seine Partei, der er in den letzten Jahren ohne Fortune diente, ihn wieder für beide Mandate nominieren wird?

Der Rücktritt Mendes offenbarte für jedermann die Krise innerhalb der FDP. Die Gründe sind nicht allein in der Person Mendes zu suchen. Sie liegen tiefer. Die FDP hat sich mit ihrer Rolle als parlamentarische Opposition nicht abfinden können. Sie muß mit sich selbst ins reine kommen und mit den in ihr wirkenden, oft einander entgegengesetzten Kräften fertig werden, will sie den Platz behalten, den sie heute im Parteigefüge der Bundesrepublik innehat.

+ + +

Krankenhäuser in Not

Der medizinische Fortschritt kostet viel Geld

Von Klaus Rusticus, Hannover

Was auf dem Gebiet des modernen Krankenhauswesens zu tun bleibe, könne nur als sozial- und gesundheitspolitische Gemeinschaftsaufgabe aller interessierten Kräfte - des Staates, der kommunalen Selbstverwaltung und der freien Wohlfahrtspflege - geleistet werden. Diese Erklärung des niedersächsischen Sozialministers Kurt Partzsch (SPD) gilt ebenso für alle anderen Bundesländer.

Die "elektronische Krankenschwester"

Der revolutionierende Wandel, der sich innerhalb weniger Jahrzehnte im deutschen Krankenhauswesen vollzog, wird heute überall deutlich. Denn noch lange nicht alle Gemeinden verfügen über neue Krankenhäuser mit modernen medizinisch-technischen Einrichtungen. Dazu gehören neuzeitliche Ausstattungen auf dem Gebiet der Röntgendiagnostik oder der Strahlentherapie. Elektronisch steuerbare Operationstische gibt es neben "elektronischen Krankenschwestern", eine automatische Überwachungsanlage, die laufend Temperatur, Puls und Blutdruck des Patienten mißt, usw.

Die medizinische Wissenschaft und Forschung hat selbst die Voraussetzungen für die technischen Hilfsmittel in den Krankenhäusern geschaffen. Wohin die weitere Entwicklung führt, ist heute noch nicht abzusehen.

Kosten pro Krankenbett bis 80.000 DM

"Der Fortschritt der medizinischen Wissenschaft und der ärztlichen Kunst ist nicht billig", so die Folgerung von Sozialminister Partzsch in Hannover. Jeder seiner Ministerkollegen in den anderen Bundesländern wird mit ihm gleicher Meinung sein.

Die Baukosten pro Krankenhausbett stiegen in den letzten Jahren auf 40.000 bis 60.000 DM. Bei einem sogenannten Hauptschwerpunktkrankenhaus muß man in Zukunft mit einer Investitionssumme pro Krankenhausbett in Höhe von 60.000 bis 80.000 DM rechnen.

Diese enorme Verteuerung liegt in erster Linie darin begründet, daß 75 Prozent eines modernen Krankenhauses Untersuchungs-, Behandlungs- und Funktionsräume sind. Die eigentlichen Krankenzimmer hingegen stellen nur 25 Prozent.

Schwerpunkt- und Hauptschwerpunktkrankenhäuser

Die ausreichende Versorgung mit Krankenhausbetten wird von der Bevölkerungsdichte, die Errichtung von Schwerpunkt- und Haupt-

schwerpunktkrankenhäusern, wie sie zum Beispiel in Niedersachsen forciert werden, von den jeweils regionalen Voraussetzungen beeinflusst. Nordrhein-Westfalen verfügte am letzten Stichtag (31. Dezember 1965) über 169 394 Betten in 768 Krankenhäusern, davon 125 185 in 632 Häusern für Akutranke.

In Niedersachsen gibt es heute über 66 000 Betten in 430 Krankenhäusern. Hier wurden seit 1948 für den Krankenhausbau und die Modernisierung von Krankenhäusern rund 250 Millionen DM vom Land Niedersachsen aufgebracht.

"Sie zehren von der Substanz..."

"Die Krankenhäuser zehren von der Substanz", diese Feststellung traf der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Professor Dr. Ludwig von Manger-Koenig (SPD). Nach seinen weiteren Ausführungen schwanken die Finanzierungshilfen der Länder zwischen 20 und 75 Prozent der Investitionskosten.

Staatssekretär von Manger-Koenig weiter: "Man muß damit rechnen, daß bei vorsichtiger Schätzung, vernünftiger Planung und optimaler Ausstattung von 450 000 Krankenhausbetten in der Bundesrepublik über ein Prozent des gesamten Steueraufkommens von Bund, Ländern und Gemeinden hinausgeht."

Davon wird - nach seinen Worten - knapp die Hälfte durch die Finanzhilfen der Länder aufgebracht, und zwar freiwillig bzw. ohne gesetzliche Verpflichtung. Die Gemeinden sind am stärksten belastet.

45 Prozent der Krankenhäuser in der Bundesrepublik verfügen nicht über Steuermittel, weil sie freie, gemeinnützige oder private sind. Sie sind aber in der überwiegenden Mehrzahl aus den Krankbetten-Versorgungsplänen der Gemeinden nicht wegzudenken. Nach dem Subsidiaritätsprinzip können und werden sie auch zum guten Teil von den Kommunen bezuschußt. Das geschieht aber auch wiederum auf freiwilliger Basis. Bei den akuten Sparmaßnahmen in den Gemeinden wiederum mußten freiwillige Leistungen zwangsläufig gestrichen werden.

Staatssekretär von Manger-Koenig: "Das Gefälle in der Versorgung mit Krankenhausbetten - qualitativ und quantitativ - und die Belastung der Kommunen ist unerträglich und auch von dem Grundsatz her, daß die Krankenhausversorgung der Bevölkerung eine öffentliche Aufgabe ist, nicht zu verantworten."

Deshalb ist es auch das Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik, daß die Krankenhausfinanzierung bei der Finanzreform als Gemeinschaftsaufgabe anerkannt und - wie es der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium unterstrich - "endlich ein bedarfsgerecht gegliedertes System geeigneter Krankenhäuser wirtschaftlich sichergestellt wird".

Ombudsman

Ein nachahmenswertes Beispiel

sp - Sechs Staaten in der Welt kennen schon den sogenannten Ombudsman, wobei man diesen Begriff wohl am besten mit "Bürgerbeauftragten" übersetzen kann. Schweden führte seinen Justizombudsman 1809 ein. Dänemark, Norwegen und Finnland folgten. In Großbritannien gibt es ihn seit dem 1. April und kurz davor wurden die entsprechenden Gesetze in Neuseeland und Guayana erlassen. Für den US-Bundesstaat Hawaii liegt der Grundsatzbeschluss, den Bürgerbeauftragten einzuführen, schon vor. Andere Staaten in den USA wollen folgen.

Es gab in den zurückliegenden Jahren in mehreren Bundesländern entsprechende Vorstöße. Ausgereift sind die Pläne noch nicht. Trotzdem sollte man nun einmal genau prüfen, was der Ombudsman für den Bürger bedeutet. Sicher, es gibt den Petitionsausschuß der Parlamente. Aber diese Ausschüsse können doch nur die Anliegen des Bürgers durch den komplizierten Verwaltungsapparat fädeln. Akten anfordern oder Zeugen vernehmen, das können sie nicht. Vor diesen Ausschüssen geht es zu meist um Affären mit politischem Gewicht und nicht um die Hilfe für den Bürger, der oftmals zwischen die Überschneidungen zweier sich konkurrierender Gesetze gerät und dann von der Verwaltung abschlägig beschieden wird oder beschieden werden muß.

Wir kennen dann noch die Verwaltungsgerichte, die sicher auch dem Bürger offenstehen. Aber das Ganze ist schwierig und kaum ohne Anwalt zu bewältigen. Schließlich sind die Verwaltungsgerichte auch nicht dafür da, Härten von Verwaltungsentscheidungen, die sicher korrekt sein mögen, aber eben eine Ungerechtigkeit für den kleinen Bürger darstellen, zu revidieren.

Es wäre schon gut, wenn man in Deutschland dem Gedanken des Ombudsman näher träte. Es geht nicht darum, durch die Einführung des Ombudsman den Verwaltungsapparat von Bund und Ländern und auch Gemeinden pauschal zu bescheinigen, er arbeite herzlos und grundsätzlich gegen den Bürger. Es geht ganz einfach darum, eine Stelle zu haben, an die sich der Mann wendet, wenn er mit seinen kleinen Sorgen nicht mehr zurechtkommt, wenn ihm aus seinem Blickwinkel nachteilige Entscheidungen zugestellt wurden oder auch Unrecht geschah.

Am besten läßt sich das alles am Beispiel Schwedens erläutern. Ombudsman Alfred Bexelius arbeitet in Stockholm mit einem kleinen Apparat von 17 Mitarbeitern. Er hilft, wo er kann. Von den 1.550 Hilfsersuchen des letzten Jahres richteten sich sogar 134 gegen Gerichte, 146 gegen polizeiliche Übergriffe, 103 gegen Staatsanwälte, 129 gegen Einweisungen in Nervenheilanstalten, 250 gegen Zwangsvollstreckungen, 127 gegen Behandlung in Gefängnissen und 125 gegen kommunale Entscheidungen. Bexelius hilft, wo er kann, und zwar als völlig unabhängige Persönlichkeit. Er erstattet dem Reichstag in Stockholm alljährlich Bericht und spricht darin ganz offen Rügen aus. Da sie maßvoll, abgewogen und gerecht sind, werden sie in Schweden ungewöhnlich stark gefürchtet. Nur der Reichstag ist dort in der Lage, den Ombudsman abzuwählen; das kam aber noch nicht vor. Ombudsman Bexelius ist in Schweden der Anwalt des kleinen Mannes in einem hochkomplizierten Staat der industriellen Massengesellschaft von heute.